

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 45 (1965-1966)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

ZWISCHEN VIETNAM UND EUROPA

Die Wiederaufnahme der amerikanischen *Bombardierungsflüge* gegen Ziele in Nordvietnam hat die Phase intensiver diplomatischer Aktivität, die die amerikanische Politik im Vietnamkonflikt um die Jahreswende charakterisiert hatte, unterbrochen. Von einem Ende dieser Phase zu sprechen, dürfte wohl noch verfrüh sein; durch seinen Vorstoß im Sicherheitsrat der UNO wie durch seine mehrfach bekundete Bereitschaft, mit den übrigen interessierten Mächten in Genf zu einer Vietnamkonferenz zusammenzutreffen, hat Washington seinen Willen, nach neuen Verständigungsmöglichkeiten zu suchen, deutlich dargetan.

Innenpolitische Kontroversen

Inzwischen hat sich in den USA das Schwerpunkt der Vietnam-Auseinandersetzungen auf die *Innenpolitik* verlagert. Der offiziellen, von *Maxwell Taylor* befürworteten Kriegsführung hat General *Gavin* die Konzeption eines zurückhaltenden Widerstandes entgegengesetzt. General Taylor hat auf diesen Vorschlag kritisch reagiert und ihn nicht nur als unrealisierbar, sondern geradezu als beste Voraussetzung für eine amerikanische Niederlage in Südostasien bezeichnet. Gavin erlebte die Genugtuung, daß er in den vor der Außenpolitischen Kommission des Senates durchgeföhrten Hearings Unterstützung durch *George F. Kennan* erhielt, der sowohl militärisch wie politisch eine Beschränkung des Vietnam-Konfliktes für unumgänglich hält und scharf mit jenen Kreisen ins Gericht geht, die eine Ausweitung des Konfliktes bis zu dem extremen Fall einer Ausdehnung der Bombardierungsaktionen auf Ziele im kommunistischen China befürworten. Demgegenüber appellierte Kennan an den Sinn für Proportionen und plädierte für eine Politik des Maßes.

Zweifellos wird Johnson, trotz der aus den Reihen der eigenen Partei gegen ihn laut gewordenen Kritik an seiner Vietnampolitik,

vom Senat wieder die Zustimmung zur Fortführung des einmal eingeschlagenen Kurses erhalten. Die *Hearings* haben jedoch deutlich werden lassen, daß die Parlamentarier entschieden eine Lokalisierung des Konfliktes wünschen und nicht geneigt sind, extreme Entschlüsse zu tolerieren. Sie plädieren für eine Taktik, deren Ziel es ist, die Gegenseite zu Gesprächen bereit zu machen. Der Krieg in Vietnam soll nur geföhrt werden, um die Kommunisten von der Nutzlosigkeit ihrer gewalttätigen Politik zu überzeugen und sie an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die Konferenz von Honolulu

Eine Zwischenstation auf dem Weg zu diesem Ziele stellte die Konferenz von Honolulu dar, die vom 6. bis 8. Februar stattfand. Es war ein ungewöhnliches Ereignis, daß sich ein amerikanischer Präsident mit seinem ganzen Kabinett Tausende von Kilometern von Washington wegbegab, um dort mit der Regierung eines fremden Staates zusammenzutreffen. Das Spektakuläre an dieser Zusammenkunft stand wohl im Vordergrund; sie diente vor allem der Bekräftigung der amerikanisch-südvietnamesischen Solidarität. Johnson versicherte General *Nguyen Cao Ky*, daß die USA hinter seiner Regierung stünden, und er bekräftigte diese Zusage durch eine *Verstärkung* des in Südvietnam stehenden amerikanischen Expeditionskorps.

Ebenso wichtig wie diese militärischen Absprachen der Konferenz von Honolulu ist der Entschluß über die konsequente Weiterführung des von den Amerikanern angestrebten Pazifizierungsprogrammes, das die Voraussetzung für jede erfolgreiche Aktion der Amerikaner in Vietnam ist. Schon in seiner Rede vor der John-Hopkins-Universität am 7. April vergangenen Jahres hat Präsident Johnson seine Bereitschaft zu einer umfassenden *Aufbauhilfe für Südostasien* bekundet. In der Zwischenzeit sind zahlreiche Detailprogramme ausgearbeitet worden, die einen

auf breiter Basis durchzuführenden Wiederaufbau in den von den Kommunisten befreiten Gebieten Vietnams vorsehen.

An gutem Willen, diese Projekte auch durchzuführen, hat es bisher nicht gefehlt; sie scheiterten jedoch alle daran, daß der Krieg in unverminderter Härte weiterging und entsprechend seinem Charakter als Guerillakrieg immer wieder auf bereits befriedete Zonen übergriff. Das Pazifizierungsprogramm hatte deshalb stets vor den militärischen Notwendigkeiten zurückzutreten. Daß eine dauerhafte Lösung des Vietnam-Konfliktes jedoch nur auf dem Wege über eine Stabilisierung der inneren Ordnung Südvietnams zu erreichen sein wird, dürfte unbestritten sein. Schwierigkeiten bereitet nur der Weg, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Seit dem Sturz des Regimes von Ngo Dinh Diem im November 1963 befindet sich Südvietnam in einem *circulus vitiosus* von politischer Unsicherheit, innerer Schwäche der Regierungen und verstärkter kommunistischer Intervention von außen, aus dem es scheinbar kein Entrinnen gibt.

Amerikas Ziel

Dabei ist das Ziel Amerikas auch heute noch unverändert wie zu Beginn seines Engagements in Vietnam. Die Vereinigten Staaten sichern mit ihrem Einsatz in Vietnam die gesamte Ordnung Südostasiens gegen die drohende chinesische Aggression. Man muß die Entwicklung in Vietnam, die von der Propaganda Moskaus und Pekings gleicherweise als Agitationsmittel gegen den Westen benutzt wird, in den Zusammenhang des politischen Geschehens im Fernen Osten stellen. Südvietnam ist ein wichtiger *Eckpfeiler* des Damms gegen die kommunistische Flut, die von Norden her über Hinterindien hereinbricht und die Positionen des Westens zu unterspülen droht. Peking, das der Inspirator dieser Politik der Subversion ist, hat es in den letzten Jahren mit Erfolg verstanden, durch raschen Wechsel der Aktionsfronten Südostasien in ständiger Unruhe zu halten. Nachdem es 1962 auf der Genfer Konferenz gelungen war, für das vom Bürgerkrieg bedrohte Laos einen *modus vivendi* zu finden, be-

gann im Herbst des gleichen Jahres die Aktion gegen *Indien*, die nach Erreichung ihrer begrenzten Ziele wieder gestoppt wurde. Vom Herbst 1963 an wurde die Infiltration Südvietnams intensiviert und die Spannung bis zu ihrem gegenwärtigen Höhepunkt getrieben. Sollten die Vereinigten Staaten hier nachgeben, so würde die Aggression weiter um sich greifen und die ohnehin nicht starke Position des Westens im Südchinesischen Meer vollends zum Einsturz bringen. Der Krieg in Vietnam bleibt damit von amerikanischer Sicht aus weiterhin ein defensiver Kampf, in dem es um die Behauptung der eigenen Stellung auf dem asiatischen Kontinent geht.

Europas Integration im Zwielicht

Die Krise in Vietnam belastet auch Amerikas Beziehungen zu seinen Verbündeten in Europa, wo *Frankreich* — zum Teil in offener Opposition zu Washington — beharrlich seinen eigenen Weg geht. Über die Jahreswende hat Präsident *de Gaulle* die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erneut in eine der bald zur Usance gewordenen Halbjahreskrisen gestürzt. Dieses Mal waren die Motive der Krise jedoch schwerwiegender. De Gaulle hatte es sich offensichtlich zum Ziel gesetzt, die ganze Struktur der EWG in Frage zu stellen. Die Sechsergemeinschaft sollte von dem Prinzip der *Mehrheitsentscheid* abrücken; gleichzeitig sollte die von de Gaulle als ein Gremium von Technokraten verspottete EWG-Kommission in ihren Funktionen beschnitten werden. De Gaulles Vorstoß lief darauf hinaus, den Vertrag von Rom, der keine Revisionsklauseln vorsieht, im Sinne seiner Konzeption einer «Europe des patries» umzugestalten. Die EWG würde damit aus einer Gemeinschaft mit supranationalen Institutionen zu einem klassischen multilateralen Bündnis vornehmlich wirtschaftlicher Zweckbestimmung, was den Intentionen zahlreicher Vertragspartner — vor allem Holland und der Bundesrepublik Deutschland — zuwiderlief. Die intransigente Haltung der französischen Delegation bei den ersten Schlichtungsverhandlungen Mitte Januar in Luxemburg, deren Forde-

rungen offensichtlich ultimativen Charakter hatten, schien das ganze Gebäude der EWG ins Wanken zu bringen.

In der zweiten Phase der Luxemburger Gespräche konnten die Gegensätze überbrückt und eine Formel gefunden werden, die eine Weiterführung der Gemeinschaft zu sechst ermöglicht und Frankreich gleichzeitig erlaubt, ohne das Gesicht zu verlieren, den Stuhl in Brüssel wieder einzunehmen, der seit den Differenzen in den Agrarfragen vom vergangenen Juni verwaist gewesen war. Die Form, in der die Krise gelöst wurde, deutet darauf hin, daß in einem knappen halben Jahr die EWG mit denselben Problemen konfrontiert werden wird. Frankreich hat vorläufig scheinbar auf sein Maximalziel, die Revision des Vertrages von Rom, verzichtet. Daß es sich jemals mit einer Unterwerfung unter die Beschlüsse einer übernationalen Behörde einverstanden erklären wird, ist unter den gegenwärtigen Umständen nur schwer vorstellbar.

De Gaulles Kurs

Die EWG-Krise hat jedenfalls gezeigt, daß de Gaulle aus dem Ergebnis der Präsidentenwahlen vom 5. und 19. Dezember letzten Jahres keineswegs den Schluß gezogen hat, nun eine moderiertere Europapolitik einleiten zu müssen. Der französische Präsident beharrt weiterhin auf seiner Konzeption *nationaler Zusammenschlüsse* und ist nicht bereit, auch nur einen geringen Teil der französischen Souveränität zu opfern. Er befindet sich damit gewiß auf dem Boden der Realität, die ein langsameres Tempo in der europäischen Integration vorschreibt. Noch sind nicht überall die psychologischen Voraussetzungen für einen Zusammenschluß Europas geschaffen. Ohne sie aber wird jede supranationale Konstruktion auf schwankendem Boden errichtet sein.

Auf der andern Seite gibt Präsident de Gaulles intransigenter Kurs zu den schwersten Bedenken Anlaß, vor allem weil er verbunden ist mit einem Einzelgang in der atlantischen Verteidigungspolitik, der sich weit von den realen Voraussetzungen entfernt hat. Daß de Gaulle in Europa auf ein

behutsameres Vorgehen drängt, mag verständlich sein. Daß er aber innerhalb der atlantischen Politik weiterhin eigene Wege gehen zu können glaubt, gefährdet die Stärke der westlichen Allianz in bedrohlicher Weise.

De Gaulle hat auch in seiner Pressekonferenz vom 21. Februar auf dieser Konzeption beharrt und sie damit begründet, daß durch die innere und äußere Entwicklung in den Ländern des Ostblocks die Bedrohung des Westens nicht mehr in gleicher Weise existiere wie 1949. Die Gefahr, daß in Europa ein Krieg ausbrechen würde, sei geschwunden, hingegen seien die Spannungen auf andern Kontinenten gestiegen, und die Möglichkeit, daß die europäischen Länder in überseeische Konflikte verwickelt würden, gestiegen. Frankreich müsse zudem als künftige Atommacht Verpflichtungen übernehmen, die es nicht mit andern Ländern teilen können.

Obwohl de Gaulle hier eine Tendenz der amerikanischen Außenpolitik ausnützt, die vermehrt darauf ausgeht, an die Stelle der multilateralen Zusammenarbeit zum *Bilateralismus* zurückzukehren, kompliziert die brüsk Art, in der er den weiteren Abbau der französischen NATO-Streitkräfte ankündigte, das Verteidigungssystem innerhalb der nordatlantischen Allianz aufs neue. Der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, da die Basis der NATO in Westeuropa so schmal geworden sein wird, daß an der effektiven Wirksamkeit dieses Bündnisses immer mehr gezweifelt werden muß. Der französische Präsident hat zwar erneut ausdrücklich versichert, daß er nicht an ein formelles Verlassen der Allianz denkt. Diese Verbalmanifestation kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß die NATO kurz vor dem Stichjahr 1969, in dem der vor zwanzig Jahren geschlossene Pakt ausläuft, vornehmlich durch die Politik Frankreichs einem Abbröckelungsprozeß unterworfen worden ist, der die Gefahr eines allmählichen völligen Auseinanderbrechens jener militärisch-politischen Konzeption in sich birgt, die nach dem Zweiten Weltkrieg als einzige richtige Präventivmaßnahme gegenüber einem potentiellen Angreifer erkannt worden war.

Fabius